Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2006**

16. Wahlperiode 28. 06. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Irmingard Schewe-Gerigk, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/934 –

Presse- und Meinungsfreiheit in Kuba einfordern

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Marina Schuster, Florian Toncar, Burkhardt Müller-Sönksen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/945 –

Menschenrechte in Kuba einfordern und die kubanische Zivilgesellschaft fördern

A. Problem

Beide Anträge befassen sich mit der Menschenrechtssituation in Kuba und wollen erreichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, sich für eine Verbesserung der Menschenrechtslage in Kuba einzusetzen.

B. Lösung

a) Der Antrag – Drucksache 16/934 – wird für erledigt erklärt

b) Der Antrag – Drucksache 16/945 – wird für erledigt erklärt

c) Annahme eines Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag – Drucksache 16/934 – für erledigt zu erklären,

b) den Antrag – Drucksache 16/945 – für erledigt zu erklären,

c) folgenden interfraktionellen Entschließungsantrag anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Haltung der EU gegenüber der kubanischen Regierung vom Februar 2006.

Der Deutsche Bundestag schließt sich dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen der EU an, der in seinen Schlussfolgerungen vom 12. Juni 2006 die Entwicklung der Menschenrechtslage auf Kuba scharf kritisiert hat.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. bilateral und auf europäischer Ebene die kubanische Regierung zur unverzüglichen Freilassung aller wegen ihrer politischen Gesinnung Inhaftierten zu drängen;
2. gemeinsam mit den EU-Partnern gegenüber der kubanischen Regierung die Aufhebung des Reiseverbots, insbesondere für die „Damen in Weiß“ und Oswaldo Payá Sardiñas zu fordern;
3. die Verschärfung der Repressionen gegen die friedliche Opposition in Kuba bilateral und im Rahmen der EU gegenüber der kubanischen Regierung anzusprechen, um auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage in Kuba insgesamt und insbesondere auf die Abschaffung der Todesstrafe, die Verhinderung willkürlicher Verhaftungen (Ley 88 des kubanischen Strafrechts) sowie auf Presse- und Meinungsfreiheit zu drängen;
4. den Dialog mit der demokratischen Opposition und die Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern intensiv fortzuführen;
5. die kubanische Regierung zur Zeichnung und Ratifizierung des UN-Zivilpaktes und des UN-Sozialpaktes zu drängen;
6. sich intensiv dafür einzusetzen, dass die vom Europäischen Rat angekündigte Ausarbeitung einer mittel- und langfristigen Strategie gegenüber Kuba auch auf eine konkrete Verbesserung der Menschenrechtssituation ausgerichtet wird;
7. die kubanische Regierung darauf hinzuweisen, dass Kuba als Mitglied des neuen UN-Menschenrechtsrates zu höchsten menschenrechtlichen Standards verpflichtet ist.

Berlin, den 28. Juni 2006

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Peter Weiss (Emmendingen)
Berichterstatter

Christoph Strässer
Berichterstatter

Florian Toncar
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Peter Weiss (Emmendingen), Christoph Strässer, Florian Toncar, Michael Leutert und Volker Beck (Köln)

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/934** wurde in der 25. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. März 2006 und der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/945** wurde in der 25. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. März 2006 dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Beide Anträge befassen sich mit der Menschenrechtssituation in Kuba und zielen darauf ab, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, sich für eine Verbesserung der menschenrechtlichen Situation in Kuba einzusetzen, gegenüber der kubanischen Regierung die Menschenrechte einzufordern und den Dialog mit der demokratischen Opposition zu intensivieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Anträge in seiner 16. Sitzung am 31. Mai 2006 beraten. Er hat empfohlen, die Anträge abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Anträge in seiner 12. Sitzung am 31. Mai 2006 beraten. Er hat empfohlen, die Anträge abzulehnen.

IV. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Anträge in seiner 13. Sitzung am 31. Mai 2006 beraten und in seiner 15. Sitzung am 28. Juni 2006 abschließend behandelt.

Der Ausschuss empfiehlt, beide Anträge für erledigt zu erklären. Stattdessen stimmte der Ausschuss dem interfraktionellen Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Antragsteller gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. zu.

In diesem interfraktionellen Entschließungsantrag wird die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Haltung der EU gegenüber der kubanischen Regierung vom Februar 2006 ausdrücklich begrüßt. Zudem wird die Bundesregierung aufgefordert, bilateral und auf europäischer Ebene die kubanische Regierung zur unverzüglichen Freilassung aller politischen Gefangenen zu drängen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung den Dialog mit der demokratischen Opposition und die Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern intensiv fortführen. Weiteres Anliegen ist es, dass die Bundesregierung die kubanische Regierung zur Zeichnung und Ratifizierung des UN-Zivilpaktes und des UN-Sozialpaktes drängt.

Die Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßten, dass eine gemeinsame Entschließung erarbeitet wurde, da man sich in der Sache ja einig sei.

Die Fraktion DIE LINKE. votierte gegen den Entschließungsantrag.

Berlin, den 28. Juni 2006

Peter Weiss (Emmendingen) Berichterstatter	**Christoph Strässer** Berichterstatter	**Florian Toncar** Berichterstatter
Michael Leutert Berichterstatter	**Volker Beck (Köln)** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333